

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktäglich Nachmittags. Bezugspreis monatlich im voraus 1.80 RM. frei ins Haus. Einzelne Nr. 10 R.-Pfg., Sonntags-Nr. 30 R.-Pfg. Anzeigenpreise: 6 Gesp. Petitzeile 15 R.-Pfg., von außerhalb des Bezirkes 20 R.-Pfg., 3 Gesp. Reklamezeile 45 R.-Pfg., Hinweise auf Anzeigen und Eingefandte 10 R.-Pfg., Nachweise- und Offertengebühr 20 R.-Pfg., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag. **Verlag** 1878, Fernsprecher Nr. 9, Postfach Nr. 8, Waldenburger Amt Leipzig Nr. 4436, Postkonto: Berlinbank in Leipzig, Filiale Waldenburg, Stadtkontokonto Waldenburg 90. Rabatte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwangsweiser Unterbrechung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachschuß hinfällig.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Vereins (G. V.) - Verlagort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabebetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/2 3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Altenburgerstr. 38. Erfüllungsort Waldenburg. Fiskalen bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Fische; in Wollenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Fr. Schmidt, Postagentur.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Ausperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder unserer Brieferei, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Sugleich weit verbreitet in den Ortsgemeinschaften der Standesamtsbezirke Altwaldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensburg und Ziegelheim.

Nr. 92

Dienstag, den 21. April 1931

53. Jahrgang.

Neue Gefahren für die spanische Republik.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat wegen der Anwendung der Notverordnung Beschwerde eingelegt. Der Rußland-Ausschuß der deutschen Wirtschaft veröffentlicht das Abkommen vom 14. April über deutsche Lieferungen nach der Sowjetunion.

Die beiden deutschen Punkte für die Tagesordnung des Europa-Ausschusses sind jetzt veröffentlicht worden. In Königsberg wurden 4 Franzosen ermittelt, welche eine Artillerie-Übung photographiert hatten.

Nach allgemeinem Urteil ist die Stellung Briands nach der Rückkehr des Präsidenten Doumergue stark erschüttert. Die französisch-polnische Eisenbahnleihe wurde in Paris unterzeichnet.

Englische politische Kreise sind der Ansicht, daß Briands Zollplan nicht ernst gemeint sei, sondern lediglich einen Einrichtungsversuch den Zentralmächten gegenüber darstelle.

Ein Novum in der Politik der englischen Dominionen ist die Tatsache, daß die australische Staatsbank der Regierung jeden weiteren Kredit gesperrt hat.

Zwischen Madrid und Barcelona ist noch keine Einigung erzielt worden.

In Rumänien ist in der Kabinettsbildung eine neue Aussehen erregende Wendung eingetreten.

Argentinien will seinen Anleiheverpflichtungen nachkommen.

Waldenburg, 20. April 1931.

An ausgezeichneten amtlichen Reden, die die Ursachen unserer Wirtschaftskrise dargelegt und die Mittel zu ihrer Überwindung aufgezeigt, haben wir seit Beginn des Wirtschaftszusammenbruchs im Herbst 1929 keinen Mangel, und noch kürzlich hat der Reichskanzler in einer geradezu vortrefflichen Ansprache vor dem Deutschen Industrie- und Handelsstag erneut betont, daß nur durch Senkung der Selbstkosten sowie durch Kapitalbildung die Wirtschaft wieder angeregt werden könne, wobei jede neue Belastung derselben durch Steuern natürlich ganz undenkbar sei. Goldene Worte, die die Wirtschaft gern hören wird, in deren Genuß sie allerdings wohl etwas durch die Erinnerung gestört werden wird, daß auf viele ähnliche schöne Reden vom Regierungstische her immer nur neue Belastungen gefolgt sind. Steben erst hat der Reichstag der Wirtschaft durch Annahme Steuer- und sozialpolitischer Gesetze, die mit den eben erwähnten Regierungsankündigungen in einem geradezu grotesken Gegensatz stehen, neue Lasten von erheblichem Umfange auferlegt, die allerdings mit Rücksicht auf die Vertagung des Reichstages und den zu erwartenden Einspruch des Reichsrates wohl nicht in Kraft treten werden. Offenbar will die Regierung den wirtschaftsfeindlichen Kurs des Rumpfreichstages nicht mehr mitmachen und denkt das halbe Jahr der vor ihr liegenden Freiheit zu jener schöpferischen Arbeit zu benutzen, die der Reichstag programmäßig zu sabotieren pflegt. Die Frage ist nur, wird ihr diese schöpferische Arbeit gelingen, wird sie jetzt, da sie von der Gegenwart der störenden und zu jeder positiven Tätigkeit unfähigen Reichstages befreit ist, genug Entschlußkraft auch zur Durchführung unpopulärer Maßnahmen aufbringen? Kein Zweifel, daß solche nötig sein werden. Insbesondere wird sich dem finanziellen Zusammenbrüche der wichtigsten Zweige unserer Sozialversicherung nur vorbeugen lassen durch jenen entscheidenden Leistungsabbau, den wir bisher noch immer unterlassen haben.

Die Hoffnungen, daß die Regierung jetzt endlich vielen trefflichen Worten die Taten nachfolgen lassen werde, erhöhen sich nicht gerade, wenn man sich die Haltung vergegenwärtigt, die der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald gerade in letzter Zeit zu den akuten Fragen unserer Wirtschaftspolitik eingenommen hat. Bei der Beratung seines Haushaltes im Reichstag hat er erneut die Probleme behandelt, auf die es jetzt ankommt, nämlich Lohn, Arbeitszeit und das damit in Verbindung stehende Schlichtungs- und Tarifwesen. Ueber die Lohnfrage ist Stegerwald mit Recht der Ansicht, daß die Kaufkrafttheorie der freien Gewerkschaften längst überholt ist. Aber es wirkt enttäuschend, wenn er, der noch vor kurzem im Reichstage eine Verfeinerung unseres Tarifwesens forderte, nunmehr erklärt, daß im Augenblick irgendwelche Abänderungen der jetzigen Tarifgesetzgebung gar nicht in Frage kommen könnten. Man kann sich

hier des Eindrucks nicht erwehren, daß der Einfluß des Falles Duisburg-Weidrich inzwischen im Ressort des Reichsarbeitsministers etwas verblaßt ist und er wieder mehr zu seinen gewerkschaftlichen Freunden hinneigt, über die er sich zeitweilig durch die Objektivität seiner wirtschaftlichen Auffassungen zu erheben schien. Diese politische Richtung hat er auch in einer vor dem deutschen Gewerkschaftsbunde in Essen gehaltenen Rede mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht und die Anlehnung nach links als die einzige Möglichkeit für die Regierung bezeichnet. Rechnet man zu dem allen noch, daß Stegerwald wieder einmal die Aufrechterhaltung des Reallohnes für die Arbeiterschaft gefordert hat, gerade jetzt, da überall Senkungen der Tariflöhne durchgeführt werden, denen natürlich nicht sofort ein Sinken der Lebenshaltungskosten folgen kann, dann erscheint der starke Linkskurs Stegerwalds als eine ernste Gefahr für die sommerlichen Arbeiten der Regierung.

Volkspartei hinter Brüning

Berlin, 20. April.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei nahm am Sonntag die von dem Parteivorstand Dingeselben formulierten Ziele für den politischen Kampf der nächsten Zeit, die „Kampfziele der Deutschen Volkspartei“, einstimmig an.

In einer großen Rede begründete Dingeselben die Haltung der Reichstagsfraktion, die zweierlei zu erreichen sucht: Zu bleiben die nüchterne mahnende Stimme des Zurückfindens auf die realen wirtschaftlichen Tatsachen der Existenz unseres Staates und Volkes, zu bleiben ferner die mahnende und stützende Kraft, die die Staatsführung in diesem Winter davor bewahren sollte, abzugleiten in eine schiefe Bahn. Entscheidend sei für die Partei gewesen, ob sie gegenüber der Persönlichkeit, die die Verantwortung trägt, das Maß des Vertrauens haben könne, daß dieser ungebundene Weg benutzt werde, um wirklich durch innere Reformen die äußere Freiheit anzubahnen. Er, Dingeselben, habe in diesem Winter zu wiederholten Malen die Erfahrung machen können, daß das, was in sorgenvoller Besprechung zwischen dem Reichskanzler und ihm vereinbart wurde, vom Kanzler restlos gehalten worden sei.

Alle Mäße, so führte der Redner weiter aus, mündeten immer wieder in die Klagen aus über die Lage, in die Deutschland durch die außenpolitischen Tatsachen veretzt sei. Das System der „unsichtbaren Besetzung“ bedeute, daß zu den zwei Milliarden Reparationen eine Zinsenlast von über anderthalb Milliarden komme, Beträge, die weit über die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft hinausgehen.

Deshalb werde die Reichsregierung auf den Weg der Revision des Tributvertrages getrieben werden.

Das deutsch-österreichische Zollabkommen sei eine wirtschaftliche Notwehrhandlung. Dingeselben drückte die Hoffnung aus, daß Dr. Curtius in Genf auf seinem Wege beharren werde. Der schwerste Gang in nächster Zeit sei der zur Abrüstungskonferenz.

Der Kampf um den Landrat.

Das Ergebnis der amtlichen Untersuchung.

Berlin, 20. April.

Der vom Minister des Innern zur Aufklärung der gegen den Landrat Hansmann in Schwelm erhobenen Vorwürfe entsandte Kommissar hat eine größere Anzahl von Teilnehmern der Versammlung vom 12. April eingehend als Zeugen vernommen. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt,

haben die übereinstimmenden Befundungen dieser Zeugen ergeben, daß der Landrat Hansmann die ihm in den Mund gelegten beleidigenden Neuzerungen über die deutschen Frontsoldaten nicht getan habe.

Die Unrichtigkeit der Vorwürfe ergebe sich weiter aus der Tatsache, daß die Versammlung, an der auch zahlreiche Nationalsozialisten und Stahlhelmer teilgenommen hätten, sich bei der Rede des Landrates völlig ruhig verhalten haben, was wohl nicht der Fall gewesen wäre, wenn der Landrat die beleidigenden Ausführungen gemacht hätte.

Eine neue Erklärung des Stahlhelm.

Das Bundesamt des Stahlhelm teilt mit, daß die glaubigsten Abschriften der 76 gegen Hansmann zeugenden eidesstattlichen Erklärungen vom Landesführer des Stahl-

helm Westmark unmittelbar dem Reichspräsidenten auf dessen Telegramm hin übersandt worden sind.

Die vom Amtlichen Preussischen Pressedienst bereits Sonnabend abend mitgeteilte Rechtfertigungserklärung für Herrn Hansmann dürfte daher, so erklärt der Stahlhelm, ohne Prüfung dieses Herrn Hansmann belastenden Materials etwas voreilig und wohl lediglich dazu bestimmt sein, „den üblen Eindruck der gemäß den 76 eidesstattlichen Erklärungen von Landrat Hansmann gegen das Frontheer geäußerten Worten wenigstens für die letzten entscheidenden Tage des Volksbegehrens zu verwischen.“

Um das Volksbegehren-Flugblatt

Verfahren gegen den Herausgeber des „Fridericus“.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt u. a. folgendes mit: Der preussische Minister des Innern hatte das vom Stahlhelm verbreitete, angeblich vom Rat der Volksbeauftragten herausgegebene Flugblatt auf Grund vorgelegter Beweisstücke, nämlich eines angeblichen Originals und einer eidesstattlichen Versicherung des Herausgebers des „Fridericus“, trotz fortbestehender Bedenken freigegeben.

Auf Grund neu beigebrachten Materials haben sich nunmehr Anhaltspunkte für eine Fälschung ergeben, so daß die vom „Fridericus“ vorgelegten Unterlagen beschlagnahmt worden sind unter gleichzeitiger Einleitung eines Strafverfahrens, das sich in erster Linie gegen den Herausgeber Holz richtet.

Das vorgelegte „Original“ ist nichts weiter als ein abgerissener oberer Teil eines Flugblattes, dessen Inhalt offensichtlich erdichtet und das von der NSDAP im Jahre 1930 hergestellt und verbreitet worden ist. Die preussische Regierung sieht lediglich im Hinblick auf den bevorstehenden Ablauf der Eintragungsfrist davon ab, das Volksbegehren-Flugblatt Nr. 1 nochmals zu beschlagnahmen.

Stahlhelm will Beweis antreten.

Zu der von preussischer Seite behaupteten Fälschung des Volksbegehren-Flugblattes Nr. 1 und der Beschlagnahme des Originals im Fridericus-Verlag für ein Strafverfahren, bemerkt das Bundesamt des Stahlhelm u. a., sowohl dem Fridericus-Verlag wie anderen heute zweckmäßigerweise wohl besser noch ungenannt bleibenden Persönlichkeiten (Kunden außer dem heute beschlagnahmten und neuerdings wieder als falsch bezeichneten Flugblatt hinreichend weitere Beweise für eine gerichtliche Untersuchung dafür zur Verfügung, daß der Inhalt des Flugblattes im November 1918 zwar das Volk irreführt habe, daß aber das Flugblatt tatsächlich verbreitet worden sei.

Anerkennung der Madrider Regierung

Katalanisch Amtssprache in Barcelona.

Madrid, 19. April.

Der Madrider Finanzminister erklärte Vertretern der Privatbanken, daß die Regierung sämtliche Verpflichtungen aus alten Anleihen anerkennen werde, die unter der Diktatur Primo de Riveras aufgenommen worden seien. Durch Regierungsverordnung sind das Militärkabinett und die Leibwache des Königs sowie das Garde-Kavallerieregiment aufgelöst worden.

Die vorläufige Regierung von Katalonien hat die Universität Barcelona für autonom erklärt. Bei den Behörden und Gerichten wird katalanisch als Amtssprache eingeführt. Weiter wird eine eigene Bürgergarde gegründet. Außerdem ist beabsichtigt, eine eigene Fliegertruppe zu schaffen.

Noch keine Einigung zwischen Madrid und Barcelona

Trotz gegenteiliger Erklärungen scheint die Spannung zwischen Barcelona und Madrid noch nicht beseitigt zu sein. Die Besprechungen, die der katalanische Wirtschaftsminister mit der Madrider Regierung geführt hat, scheinen nicht zur Entspannung beigetragen zu haben. Die Justiz-, Wirtschafts- und Unterrichtsminister sind nach Barcelona geflogen, um dort mit Präsident Macia die Beratungen fortzusetzen. Wie aus Madrid gemeldet wird, hat der Justizminister einer Juristin, Fräulein Viktoria Kent, den Posten eines Generaldirektors sämtlicher spanischer Strafanstalten angeboten.

Macia gegen die französische Regierung.

Der „Intransigeant“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Präsidenten Kataloniens, Macia, in der sich dieser sehr ablehnend über die französische Regierung äußert. Das Blatt erinnert zunächst daran, daß Macia als politischer

Flüchtling die Gesetze der Gastfreundschaft nicht beachtet, sondern bewaffnete Organisationen geschaffen habe, die geeignet gewesen seien, Frankreich in ernste Verwicklungen mit Spanien zu stürzen. Macia erklärte u. a. folgendes: „Ich bringe dem großen französischen Volke alle Sympathien entgegen. Doch die französische Regierung hat uns Unrecht zugefügt. Ihr Außenministerium war gegen uns. Das werden wir nicht vergessen! Alle unsere Schwierigkeiten und Leiden sind von Ihrem Ministerium ausgegangen.“

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Vorzzeitiges Ende der Fischfangsaison.

Die diesjährige Frühjahrssfangsaison der Dampferhochseefischerei findet ein vorzeitiges Ende, das vor allem durch die schlechten Abfahrvhältnisse bedingt ist. Die Reedereien werden daher demnächst einen großen Teil ihrer Schiffe auflegen. Nach einer Blättermeldung sollen bis zum 20. April 25 v. H. der deutschen Fischdampferflotte stillliegen, denen weitere 25 v. H. bis zum 20. Mai folgen werden. In Altona liegen bereits 12 Fischdampfer auf. Die stillliegenden Fahrzeuge werden dann nach einer gründlichen Ueberholung mit Beginn der Heringsfangsaison Mitte Juli wieder in Fahrt gesetzt.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hat gegen den Schwelmer Landrat Hansmann Klageantrag wegen Beleidigung und übler Nachrede gestellt.

In Chemnitz hat sich eine Gruppe nationalsozialistischer Geistlicher in der Landeskirche Sachsens gebildet, der sofort eine beträchtliche Anzahl von Pfarrern beitrug.

Bei der Innungsliste der Berliner Schneiderinnung sind große Unregelmäßigkeiten entdeckt worden. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat deshalb angeordnet, daß diese Zwangsrankenfasse, der etwa 10.000 Berliner Schneider angehören, sofort geschlossen wird. Alle versicherten Schneider müssen in Zukunft bei der allgemeinen Ortsrankenfasse versichert werden.

Öffentliche Kundgebung der N.-S. D. A.-P. in Ziegelheim.

Am Donnerstag hielt die Ortsgruppe Waldenburg der NSDAP. in Zieglers Gasthof in Ziegelheim eine öffentliche Kundgebung ab, die aus allen Kreisen der Bevölkerung sehr gut besucht war und zu der man den auch in Waldenburg nicht mehr unbekanntesten, tapferen Vorkämpfer der nationalsozialistischen Bewegung, Pp. Pfarrer Krieger-Eichfeld, als Redner gewonnen hatte.

Der Leiter der Ortsgruppe Waldenburg, Pp. Dr. Weider, eröffnete 7/9 Uhr begrüßend die Versammlung und wies darauf hin, daß sich die Nationalsozialisten trotz der neuen Notverordnung nicht abhalten lassen, immer weitere Volkstreife über das Wollen der deutschen Freiheitsbewegung aufzuklären. Auch der Versuch, die Bewegung zu knebeln, wird scheitern, denn das Recht steht bei ihr. Millionen deutscher Volksgenossen stehen zur Partei und haben den Glauben an eine bessere deutsche Zukunft wiedergewonnen. Opferstimm, unerschütterlicher Glaube, vereint mit der kraftvollen Idee des verehrten Führers Adolf Hitler werden den Endsieg bringen. Nach Dankworten an Pfarrer Krieger, weil er dem Ruf der Ziegelheimer Volksgenossen Folge geleistet hat, erhielt dieser das Wort und führte etwa folgendes zum Thema: „Der Ausbruch der Nation“ aus:

Im „Schwarzwälder Boten“ vom 13. Oktober 1929 war zu lesen: Vor kurzem wurde von einem Stromwärter ein Brief gefunden, der die letzten Grüße zweier Wanderburschen, eines Bayern und eines Badeners, an ihre Angehörigen bedeutete, in welchem jene Mitteilung davon machten, daß sie den harten Entschluß gefaßt haben, in die Fremdenlegion einzutreten, weil sie des harten Lofes, seit langem arbeitslos zu sein, überdrüssig seien. So wollten sie nun das Schicksal so vieler Leidensgenossen teilen. Der deutsche Staat treibt uns dazu, denn stehen und betteln darf man nicht und Arbeit bekommen wir nicht! Darum lebt wohl, Ihr teuren Eltern und Geschwister. Verzeiht uns unsere Jugendstreiche, liebe Eltern! Lebt wohl, Ihr deutschen Brüder und seid glücklich als wir! Eure unglücklichen (Unterschriften)“. Wer so etwas liest oder hört, muß ein harter Mensch sein, wenn ihm nicht in seinem Innersten größtes Erbarmen emporkommt ob der großen Not dieser beiden leidenden Volksgenossen. Und das war im Jahre 1929. Um wieviel schlimmer liegen die Dinge heute! Aber nicht nur Erbarmen regt sich in uns, sondern heiliger Zorn darüber, daß die deutsche Not Tausende und Abertausende zwingt, ihr Vaterland zu verlassen, oder als Arbeitslose auf die Straße zu gehen oder gar Selbstmord zu begehen. Wir haben es heute in Deutschland sehr weit gebracht! Und ich glaube, daß uns auch keine Notverordnung hindern kann, das zu sagen, was wahr ist. Nach einem früheren Ausspruch des Innenministers Dr. Wirth leben wir ja im freiesten Lande! Was gibt es auch Wunderbareres, Beglückenderes als wirkliche Freiheit. Doch wie sieht unsere Freiheit aus. Wirkliche Freiheit ist aus Gott geboren. Es ist das Gewaltige unserer nationalsozialistischen Bewegung, daß wir Träger des Gottesgeistes sind. Dieser Geist treibt uns dazu, alles daranzusetzen, um den „Ausbruch der Nation“ herbeizuführen, daß die Korruption, die sittliche Verfaultheit, beseitigt wird.

Ich halte es für meine Pflicht, Sie zu bitten, recht milde zu sein im Urteil gegen mich, denn es ist vielleicht nach Ansicht verschiedener Menschen eine komische Sache, wenn ein Pfarrer in einer nationalsoz. Versammlung zu Ihnen spricht, und dazu noch im Braunhemd. Viele werden der Ansicht sein, ein Pfarrer gehört auf die Kanzel, aber nicht auf die Bühne in der Volksversammlung. Jawohl, wer te Volksgenossen, sogar im Braunhemd, denn dieses trage ich mit Stolz als Ehrenkleid. Denn dieses Braunhemd ist Neuherung eines

Oesterreich.

Der Ministerrat hat sich mit der Frage befaßt, ob in Oesterreich bisher verbotene Glücksspiele (Spielbank) durch eine Aenderung des Strafgesetzes erlaubt werden sollen. Zum Studium dieser Frage wurde ein Ausschuss eingesetzt, der zu einem späteren Zeitpunkt das Ergebnis seiner Prüfungen bekanntzugeben hat. Hinter diesem Plan soll ein großes deutsches Konsortium stehen, das früher mit Zoppot arbeitete. Das Konsortium soll Garantien für eine einwandfreie Durchführung des Planes bieten und zu bedeutenden Verpflichtungen finanzieller Art bereit sein.

Rußland.

Litwinow erstattete dem Politbüro der Kommunistischen Partei einen Bericht über die außenpolitische Lage. Er ging dabei besonders auf die politische Lage im Zusammenhang mit der Zollunion, die Verhandlungen zwischen Moskau und Berlin und die Ergebnisse der russisch-chinesischen Konferenz ein. Das Politbüro genehmigte dann die Reise Litwinows nach Angora.

Polen.

In Warschau beging am Freitag der Beamte der englischen Botschaft in Warschau, Albert Dick, Selbstmord. Er setzte sich in eine Autodroschke und ließ sich nach einem Kranienhaus fahren. Unterwegs schoß er sich mit einem Revolver eine Kugel in den Kopf.

Rumänien.

Anfang Mai soll in Butarest eine Tagung der Staaten der Kleinen Entente stattfinden, in welcher die Außenminister der drei Länder Rücksichten für das Vorgehen der Kleinen Entente hinsichtlich der österreichisch-deutschen Zollfrage aufstellen werden. Die Tagung, deren genauer Zeitpunkt noch nicht feststeht, soll jedenfalls noch vor der Tagung des Völkerbundsrates zusammentreten.

Amerika.

Präsident Uriburu von Argentinien erklärte, daß die angespannte Finanzlage Argentinien keine nachteiligen Rückwirkungen auf die fremden Anleihen haben würde. Er fügte hinzu, daß Argentinien immer seinen Verpflichtungen nachkommen werde.

durch die jüdische Presse vergiftet wird. Es ist ein ungemein harter Kampf!

Ich selbst könnte mir mein Leben viel angenehmer gestalten, wenn ich mich nur als Pfarrer von Eichfeld betätigte. Meine Frau sagt seit Jahren: „Ich habe überhaupt keinen Mann mehr.“ Wenn man nicht auswärts ist, so sieht man am Schreibtisch und arbeitet. Man liegt unterwegs im Sommer und Winter, man setzt Gesundheit zu, Nervenkraft, bringt gelbliche und andere Opfer. Unsere ganze Bewegung ist eingestellt auf Opfer. Wenn Sie irgend einer anderen Partei angehören, dann sehen Sie Ihre Führer bloß bei Wahlen. Haben Sie jemals schon erfahren oder erlebt, daß sich das, was man Ihnen versprochen, auch erfüllt hat? Wir sind die einzigen, die niemanden etwas versprechen, wir gehen nicht heraus, um uns nur vor den Wählern sehen zu lassen oder um eine Neugier zu befriedigen, sondern wir trommeln, trommeln, wir wollen die Herzen wach machen. Die Wählerschaft hat nichts zu fordern von unserer Bewegung, sondern die Bewegung hat das Recht, Opfer von uns zu verlangen, von allen Opfer!

Mit dem Pazifismus dürfen wir uns also nicht abgeben. Der Pazifismus ist dagegen, daß schließlich das Höchste, das Dasein des Volkes, wenn es nicht anders geht, auch einmal entschieden werden muß durch das Schwert. Lassen Sie sich sagen: Der Nationalsozialismus will nicht den Krieg, er betrachtet ihn nur als letztes Mittel, wenn es um den Bestand des Volkes geht! Wir stehen aber im schärfsten Gegensatz zu Leuten wie Crispian, Friedrich Wilhelm Förster u. a. die da sagen: „Landesverrat ist Pflicht“. Immer wieder haben solche Pazifisten das deutsche Volk an das Ausland verraten. Pazifisten sind nicht Leute, die darnach trachten, Jesus nachzufolgen, sind nicht Deutsche, die ihr Volk und Vaterland mit heiliger Liebe umfassen, es sind solche Leute, wie Hölz, der in Leipzig kurz nach seiner Freimachung ausrief: „Nie wieder Krieg, wenn aber ja, dann Bürgerkrieg!“ Wir aber wissen aus der Menschheitsgeschichte, daß die Daseinsfragen eines Volkes unter Umständen nur durch das Schwert entschieden werden können. Wenn aber die sittliche Korruption immer wieder Pazifismus predigt, wenn diese große Helbengestalt immer wieder mit Schmutz beworfen wird, dann gedenke ich des Wortes: „Ich bin gekommen, um ein Feuer anzuzünden, was wollte ich lieber, als brennte es schon.“ Der Pazifismus ist ein ganz ernstes Hindernis im Kampfe um die deutsche Freiheit. Als ich kürzlich in einer Stadt gesprochen hatte, schrieb eine dortige Zeitung am nächsten Tage einen Artikel, betitelt: „Der Pfarrer als Morbheger“. Alle meine Hörer fanden sich wieder zusammen und verlangten die Entfernung dieses Pazifisten. Die deutsche Friedensgesellschaft hat vor kurzem die „Deutsche Handelsmacht“ verlagst, das betr. Amtsgericht hat jedoch die Klage annehmen abgelehnt. Es ist ja heute so, daß man die, die die Wahrheit reden, ins Gefängnis wirft. Auch ich wurde bereits zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Diese 3 Monate verleihe ich damit, daß ich sage, das korrupte System hat mir in Gestalt von 3 Monaten Gefängnis den höchsten Orden Pour le mérite umgehängt. Senatspräsident Baumbach hat gesagt, daß die Strafsanktion dieses Systems zur Dirne geworden ist, daß es heute kein Recht mehr gibt. Und es gibt kein Recht mehr. Reichsgerichtspräsident Dr. Simons ist vor der Zeit, am 1. 4. 29, freiwillig in den Ruhestand gegangen, mit der Begründung, er könne es nicht mehr ansehen und ertragen, wie aus Recht Unrecht gemacht werde. Das ist eben das besondere Kennzeichen der Verfaultheit, daß es keine Wahrheit und kein Recht mehr gibt. Diese Verfaultheit hatten wir aber schon zur Zeit der Monarchie, denn schon damals ist Recht und Wahrheit geschändet worden.

Herr Pfarrer Krieger verbreitete sich dann, um zu beweisen, daß schon vor und während dem Kriege Recht und Wahrheit verlegt wurden, über die Zustände im rumänischen Gefangenenlager von Sipote, wo von 17.000 deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen 13.000 in den Tod getrieben wurden. In dieser Angelegenheit führt er seit Jahren einen scharfen Kampf gegen das deutsche Auswärtige Amt. Er verwies besonders auf die von ihm herausgegebene Broschüre, in der alle jene grausamen Einzelheiten aus der Gefangenenhölle Sipote nachzulesen sind und betonte, daß er auf jegliches Mitleid pfeife, wenn es nicht zum Selbstleide werde. Jede deutsche Volksgenossin, jeder deutsche Volksgenosse haben daran zu denken, als sei der eigene Vater, Gatte, Sohn, Bruder oder Bräutigam dort mit umgelommen, zusammen mit den anderen Tausenden zugrunde gerichtet worden. Unbarmherzig seien die Unglücklichen durch die Missethat des Auswärtigen Amtes gemartert und gefoltert worden. So hätte jenen 17.000 gefangenen Soldaten nur ein einziger Wasserhahn zur Verfügung gestanden, es gab keine ärztliche Hilfe, keine Pflege. So lagen sie in ihren Baracken, die Lebenden mit den Toten. Innerhalb von 3 Monaten sind 13.000 Menschen gestorben, zugrunde gegangen an Hunger, Durst, Kälte und Seuchen. Da liegt doch die Frage nahe: „Wo blieb damals das Auswärtige Amt?“ Ich habe die schwersten Beleidigungen gegen dieses Amt ausgesprochen, habe es in Hinsicht auf Sipote öffentlich der Zahlenschändung der Erbarmlichkeit, der Feigheit, sogar der Ehrlosigkeit gezüchtelt. Ich betone auch heute wieder, daß das Auswärtige Amt und Gustav Stresemann das deutsche Volk im Hinblick auf Sipote schamhäftig betrogen haben, daß ich auch trotz der Notverordnung, 89 eidbereite Zeugen, die Ueberlebenden von Sipote, stehen mir zur Verfügung. Wenn einer von der Beschwerdestelle im Saale sein sollte, erkläre ich ihn, falls er meine Neuherungen nach oben melden sollte, öffentlich für einen Schuft. Das kann ich, denn die Beschwerdestelle ist keine amtliche Stelle, aber eine Zusammenballung von Schufsten, deren sich das korrupte System bedient. Der 9. November 1918 brachte uns den Ausruf der Volksbeauftragten. Nicht eine jener darin gemachten Versprechungen ist in Er-

Briands Zollplan

nur ein Einschüchterungsversuch?

London, 19. April.

Zu den Veröffentlichungen über den Briandschen Zollplan sagt der "Daily Herald", daß man in englischen Kreisen nichts von derartigen Absichten wisse.

Dann entstehe die Frage, ob die weitere Entwicklung zu einem Zusammenschluß der beiden Gruppen oder zu einem Kampf zwischen ihnen oder zu weiteren Schritten in der Richtung auf einen europäischen Zollverein führen werde.

Wie Frankreich die Balkanstaaten fördern will.

Der "Matin" teilt zu der stattgefundenen interministeriellen Besprechung mit, daß der zur Vereitelung des deutsch-österreichischen Zollabkommens aufgestellte Plan auf zwei Hauptzielen ruhe.

Die sofortigen Maßnahmen bezögen sich auf den Ankauf von Getreide, der von gewissen Ländern sofort erfolgen sollte.

Anderer europäische Staaten befänden sich in der gleichen Lage, und eine gegenseitige Hilfeleistung würde den Zusammenschluß aller dieser Staaten zu einem einzigen Wirtschaftsblock erleichtern.

Deutschland hält an der Zollunion fest.

Berlin, 19. April.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat die deutsche Regierung bislang von französischer Seite keinerlei Andeutungen über den Inhalt des Briandschen Gegenplanes erhalten.

Die Notwendigkeit der Zollunion.

Eine Äußerung des österreichischen Innenministers. Wien, 19. April.

Der österreichische Innenminister Winkler hat in einer Versammlung des niederösterreichischen Gewerbetreibenden auch über die Handelsverträge und die Zollunion gesprochen.

Man müsse jedoch nachdrücklich betonen, daß die Forderungen der österreichischen Wirtschaft gesprengt werden müßten.

Besorgnisse einzelner österreichischer Industriezweige seien unbegründet, da Deutschland einseitig zu deren Schutz Zwischenzölle bewilligt habe.

Italien wartet weiter ab.

Erklärungen Mussolinis und Schobers zum Zollvertrag. Die "Neue Freie Presse" veröffentlicht eine Erklärung des österreichischen Bizekanzlers Dr. Schöber, worin dieser nochmals die von fremder Seite gegen den Zollvertrag geltend gemachten Einwände als unbegründet darlegt.

Der italienische Ministerpräsident Mussolini, der dem Blatt gleichfalls eine Äußerung zur Verfügung stellte, erkennt an, daß es schwierig ist, ein allgemeines System zu erfinden, das die Bedürfnisse aller befriedigt und befürwortet damit grundsätzlich

regionale Abkommen von der Art des österreichisch-deutschen Protokolls. Auf dieses Protokoll selbst eingehend, schreibt Mussolini: „Italien wird seine Haltung der Ruhe und des Gleichmuts bis ans Ende bewahren, wie dies einer Nation zukommt, die nicht nur die augenblicklichen Ereignisse sieht, sondern die Augen auch offen hält gegenüber der möglichen Kette von Konsequenzen für sich und für die zukünftige Generation.“

Die beiden deutschen Punkte.

Auf der Tagesordnung des Europa-Ausschusses.

Genf, 19. April.

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat die Note des deutschen Außenministers Dr. Curtius, in der zwei Punkte für die Tagesordnung des Europa-Ausschusses beantragt werden, sämtlichen europäischen Regierungen übermitteln und teilt hierbei gleichzeitig mit, daß er entsprechend dem deutschen Antrag die beiden Punkte auf die vorläufige Tagesordnung des Europa-Ausschusses gesetzt hat.

„Im Hinblick auf die von dem Organisationskomitee vorgeesehenen Bestimmungen über die Feststellung der Tagesordnung des Studienausschusses für die Europäische Union beehre ich mich namens der deutschen Regierung zu beantragen, daß auf die Tagesordnung der am 15. Mai beginnenden Sitzung des erwähnten Studienausschusses unter Ziffer III (Wirtschaftsfragen) die folgenden beiden Punkte gesetzt werden:

1. Entwicklung der Zollverhältnisse in Europa.

Erläuterung: Die deutsche Regierung hält es für nützlich, nochmals die Lage zu diskutieren, die durch die gegenwärtigen Zollverhältnisse in Europa und durch das Scheitern des Genfer Handelsabkommens vom 24. März 1930 entstanden ist.

Sie möchte dabei ihrerseits Mitteilung machen über die Absichten, die sie auf diesem Gebiet in Uebereinstimmung mit der österreichischen Regierung verfolgt. Sie hält es weiterhin für erwünscht, daß die Möglichkeiten, die sich aus der Einräumung von Präferenzzöllen für die Verbesserung des europäischen Warenaustausches ergeben, bei dieser Gelegenheit erneut erörtert werden.

2. Zollfreiheit von Betriebsstoffen für Motorfahrzeuge bei Grenzüberschreitungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft.

Erläuterung: Die Verwendung von Motorfahrzeugen in europäischen Verkehr hat auf allen in Betracht kommender Gebieten — zu Lande, zu Wasser und in der Luft — in der letzten Jahren in außerordentlichem Maße zugenommen ohne daß die europäischen Staaten auf dem Gebiete ihrer Zollbestimmungen, insbesondere hinsichtlich der Gewährung von Zollfreiheit für die Motorbetriebsstoffe im grenzüberschreitenden Verkehr, dieser Entwicklung sämtlich in vollem Maße Rechnung getragen hätten.

Eine einheitliche Regelung, die den europäischen Verkehrsbedürfnissen und den fiskalischen Interessen der europäischen Länder in gleichem Maße Rechnung zu tragen hätte erscheint daher erwünscht.“

Russenabkommen veröffentlicht.

Die zusätzlichen russischen 300 Millionen-Aufträge.

Berlin, 19. April.

Der Rußland-Ausschuß der deutschen Wirtschaft veröffentlicht nunmehr das Abkommen vom 14. April über zusätzliche deutsche Lieferungen nach der Sowjetunion in Höhe von 300 Millionen Mark, das zwischen den deutschen Industriellen und dem Obersten Volkswirtschaftsrat der Sowjetunion geschlossen wurde.

Das Abkommen enthält die im wesentlichen bereits bekannten Einzelheiten über die Art der Vertragsabschlüsse, der Kredit- und Zahlungsbedingungen usw.

Spionagezwischenfall in Königsberg.

Vier Franzosen fotografieren Artillerieübung.

Königsberg, 19. April.

Im Kasernenviertel Rothenslein auf dem Kanonenwege, der die Infanterie von der Artilleriekaserne trennt, wurden vier Personen mit ausgesprochen ausländischem Typ bemerkt, die mit großem Interesse den Dienst auf dem Kasernenhof der Artillerie beobachteten und anscheinend auch photographische Aufnahmen machten.

Es handelt sich bei den Festgenommenen französischen Herren um den Konsul in Königsberg, P. Fauget, Oberleutnant Koelz, Kapitän de Mierry und den Kommandanten Derache. Die Herren sind, wie bereits gemeldet, nach Feststellung ihrer Personalien wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Ein Schritt des Auswärtigen Amtes.

Amtlich wird mitgeteilt: Drei französische Offiziere, darunter ein Mitglied der französischen Botschaft in Berlin, haben eine vorher bei den zuständigen Stellen angemeldete Reise nach Ostpreußen unternommen, um die Schlachtfelder von Tannenberg und Gumbinnen zu besichtigen.

Ihre photographischen Apparate wurden beschlagnahmt und die bereits gemachten Aufnahmen einer Prüfung unterzogen. Seitens der zuständigen deutschen Stellen wird dies Verhalten fremder Offiziere innerhalb eines Festungsbezirks als nicht korrekt angesehen.

Gegen die Werkspionage.

Entlassungen zahlreicher belasteter Werksangehöriger.

Berlin, 20. April.

Von der I. Farbenindustrie A.-G. wird mitgeteilt: Priesmeldungen über die Offenlegung eines weitverbreiteten Spionagesetzes über große deutsche Industriebetriebe, insbesondere solche der chemischen Industrie, sind durch die amtlichen Mitteilungen in vollem Umfang bestätigt.

Hierzu wäre zu bemerken, daß leider die Erfahrungen vergangener Jahre gezeigt haben, daß die heute gültigen strafrechtlichen Bestimmungen zu einer wirksamen Bekämpfung des Betrugs von Betriebsgeheimnissen nicht ausreichen.

Es steht fest, daß wichtige deutsche Lebensinteressen schwer bedroht sind, daß Gefahr im Verzuge ist. Die Belegschaften der beschriebenen Werke, die Arbeit und Brot gefährdet sehen, befinden sich in begründeter Erregung.

Von den Werksleitungen darf erwartet werden, daß sie unverzüglich die erforderlichen Schritte tun, nicht zuletzt auch zur Beruhigung der Belegschaften. Entscheidend für diese Erwägungen können nicht die Belange einzelner sein, sondern nur das Gesamtinteresse der bedrohten Werke und ihrer Belegschaften.

Bevorstehender Rücktritt Briands?

Seine Stellung schwer erschüttert.

Paris, 19. April.

Der Präsident der Republik, Doumergue, ist Sonnabend kurz nach 10 Uhr wieder in Paris eingetroffen. In politischen Kreisen läßt man durchblicken, daß die Rückkehr des Präsidenten der Opposition gegen Briand zweifellos den Rücken stärken werde.

Dem Staat wird der Kredit gesperrt.

Die australische Regierung in Schwierigkeiten.

London, 19. April.

Der 17. April wird in der Geschichte Australiens als schwarzer Freitag bekannt bleiben. Der Senat hat mit 21 zu 6 Stimmen den Regierungsantrag auf Ausgabe von 18 Millionen Pfund ungedeckten Papiergeldes abgelehnt.

Weiter sind die früheren Kabinettsmitglieder Fenton und Lyons mit ihren Anhängern zur Opposition übergegangen, was dadurch ermöglicht wurde, daß der bisherige Führer der Opposition, Latham, von diesem Posten zurücktrat und ihn an Lyons übertrug.

Wozu der Lärm?

Abjehdsgefuß Strasburgers natürlich abgelehnt.

Warschau, 20. April.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat Außenminister Jaleski in einem amtlichen Antwortschreiben dem polnischen Vertreter in der Freien Stadt Danzig, Minister Strasburger, erklärt,

sein Rücktrittsgefuß, das er im Zusammenhang mit den letzten von ihm unabhängigen Vorgängen in Danzig eingereicht habe, könne keine Berücksichtigung finden.

